



Aktionsbündnis Zivilcourage Miesbach stellt agrarpolitische Forderungen an Parteien im Bayerischen Landtag

Die Situation in der Landwirtschaft ist verfahren und wird ohne ein radikales Umsteuern in der Sackgasse landen. Ein `Weiter so` ist der Gesellschaft nicht mehr zu vermitteln.

Am 4. Juli hat die Zivilcourage Miesbach in Zusammenarbeit mit den Kreisverbänden/Kreisgruppen des Bayerischen Bauernverbandes, Bund Naturschutz, Landesbund für Vogelschutz und Bund Deutscher Milchviehalter in Miesbach eine Veranstaltung (Vortrag und Podiumsdiskussion) zur bäuerlichen Landwirtschaft durchgeführt. Die große Beteiligung und die Wortbeiträge beweisen, dass viele Menschen den Entwicklungen in der Landwirtschaft sehr kritisch gegenüber stehen.

Als Ergebnis der Veranstaltung haben wir nachfolgendes Positionspapier (Thesen mit Begründung und Forderungen) erstellt und wollen damit einen Beitrag zur Meinungsbildung und Diskussion der agrarpolitischen Themen leisten. Die im Landtag vertretenen Parteien erhalten das Papier mit der Aufforderung, zu den Thesen und Forderungen Stellung zu nehmen.

These 1

Dem Strukturwandel in der Landwirtschaft muss nachdrücklich und gezielt entgegen gewirkt werden.

Begründung:

Der Strukturwandel (Höfesterben) hat inzwischen solche Ausmaße angenommen, dass sie ihre verschiedenen Funktionen im ländlichen Raum (Multifunktionalität) nicht mehr erfüllen kann. Ein Festhalten an dem Dogma, dass sich landwirtschaftliche Betriebe am internationalen Wettbewerb beteiligen müssen, führt in eine Sackgasse. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Schäden und Folgen wären immens und von der Bevölkerung nicht mehr bezahlbar.

Wir fordern

- als Alternative zur Hof- bzw. Flächenübernahme durch Wachstumsbetriebe, attraktive Bedingungen für junge ausgebildete Landwirte zu schaffen, den Hof auf Leibrentenbasis oder mit Vorkaufsrecht zum Wirtschaftswert zu übernehmen, den sie in 20 – 30 Jahren abbezahlen können. Voraussetzung ist eine entsprechende Ausbildung und Bindung, den Hof während dieser Zeit selbst zu bewirtschaften.

- Agrarsubventionen ausschließlich solchen Betrieben zu gewähren, die eine flächengebundene, ressourcenschonende Landwirtschaft praktizieren.

These 2

Die zunehmende Intensivierung bei Pflanzenbau und Tierhaltung gefährdet zunehmend die Artenvielfalt und unsere Lebensgrundlagen.

Begründung

Die züchterischen Leistungssteigerungen sind häufig mit einem hohen Energieaufwand bzw. Düngeniveau und mit hohen Kraffuttermengen verbunden. Das Futter wird meist aus anderen Ländern importiert und ist zu einem großen Anteil gentechnisch verändert. Vielfach werden Überschüsse erzeugt und diese wiederum exportiert. Die Ernährungssouveränität der Einfuhrländer wird dadurch in Gefahr gebracht.

Wir fordern

- die züchterischen und betriebswirtschaftlichen Ziele so anzupassen, dass eine nachhaltig tier- und pflanzenverträgliche Landwirtschaft mit Flächenbindung ermöglicht wird,

- für diese Form der Landwirtschaft die Wirtschaftlichkeit durch eine Umschichtung der bisher pauschal an der Fläche orientierten Prämien zu sichern,

- dies auch auf Grünlandbetriebe zu erstrecken, die extensiver wirtschaften (geringere Nutzungshäufigkeit und Düngemengen) und dadurch zu einer größeren Pflanzenvielfalt beitragen.

These 3

Hohe Investitionskosten für Stallbauten in Verbindung mit Vieh- und Flächenaufstockung ohne die notwendige Futterfläche führen gerade bei kleineren Betrieben zu immer mehr Hofaufgaben.

Begründung:

Nach geltendem Baurecht reicht für eine privilegierte Errichtung landwirtschaftlicher Gebäude der Nachweis von 51 % der notwendigen Futterfläche aus. Dies führt zu vermehrten Investitionen in größere Einheiten. Eine dahin gehende Beratung in den Landwirtschaftsämtern, aber auch der vom Handel verursachte Preisdruck treiben Landwirte zu immer mehr Investitionen und führen vor allem bei kleineren, oft kapitalschwachen Betrieben zu immer mehr Hofaufgaben.

Wir fordern

- Milchviehbetriebe, die während der Sommermonate Weidegang oder einen entsprechenden Auslauf für die Tiere praktizieren, nicht mit dem Tierwohl-Argument unter Druck zu setzen,
- die Baugesetze dahingehend zu ändern, dass nur eine flächengebundene Landwirtschaft in den Genuss der baurechtlichen Privilegierung kommt.

These 4

Die Gigantomanie bei Maschineninvestitionen, Stallbauten und Leistungssteigerungen bei Pflanzen und Tieren ist nicht mehr gesellschaftskonform. Auch ungeeignete Vorschriften wie die Düngeverordnung müssen revidiert werden.

Begründung

Der Größenwahn bei Maschinen, Stallbauten, bei Pflanzenbau und Tierzucht ist ursächlich für zahlreiche negative Folgen: Enorme Investitionskosten, gewaltige Bodenverdichtungen mit Verlust der Bodenfruchtbarkeit, Beeinträchtigung des Landschaftsbildes und Gefährdung unserer

Bodenorganismen und der Trinkwasserqualität sowie eine Übersättigung unserer Märkte. Dies bereitet unserer Gesellschaft zunehmend Sorge.

Die geltende Düngeverordnung bekommt das Problem hoher Nährstoffüberschüsse nicht wirklich in den Griff (Vorgabe von Gülletransporten und komplizierten Nährstoffbilanzen).

Wir fordern

- die Befreiung flächengebunden wirtschaftender Betriebe von den Vorschriften der Düngeverordnung,
- maximale Bodendrücke für den Maschineneinsatz festzulegen, um den Einsatz von Großmaschinen zu unterbinden und Anreize für die Industrie zu geben, bodenschonende Maschinen zu entwickeln,
- auf der Grundlage geänderten Baurechts (siehe unter 3) Stallbauten nur dann zu genehmigen, wenn sie von Größe und Standort ortsplanerisch vertretbar sind,
- auf die Ammoniak-Emissions-Berechnungen zur Entlastung vieler Betriebe zu verzichten und die mit den durch geringeren Kontrollaufwand eingesparten Mitteln kleinere Betriebe besser zu fördern.

These 5

Hohe Futtermittelimporte stellen flächengebundene Landwirtschaft in Frage bei zunehmenden Gülleüberschüssen.

Begründung

Die EU und damit auch Deutschland sind durch die hohen Importe von vor allem eiweißhaltigen Futtermitteln mitverantwortlich für die Probleme in den Erzeugerländern. Die dort vorherrschenden Monokulturen mit hohem Pestizideinsatz führen zu Umweltproblemen und auch zu Krankheiten bei Menschen.

Hier erzeugte Agrarüberschüsse werden in Länder der Dritten Welt zu Dumpingpreisen exportiert und ruinieren dort die lokale Landwirtschaft.

Die enorme Nachfrage nach eiweißhaltigen Futtermitteln stellt auch die Ernährungssouveränität von Erzeugerländern wie Argentinien und Brasilien in Frage. Eine vielfältige Landwirtschaft ist unter diesem Exportdruck nicht möglich. Weniger Eiweiß würde auch bei uns zur Folge haben, dass es

weniger Agrarüberschüsse gibt, die Preise stabiler werden und Zuchtziele überdacht werden müssen. Eine wirtschaftliche Zusammenarbeit kann sich dann auf andere Produkte erstrecken. Nur ein fairer Handel mit nachhaltig erzeugten Produkten ist langfristig zum Wohl beider Seiten und beugt internationalen Konflikten vor.

Wir fordern

-ein Verbot von Futtermittelimporten, um ökologische Schäden und Krankheiten bei Menschen in den Erzeugerländern zu unterbinden.

These 6

Die ungerechte Verteilung der EU-Agrarsubventionen muss bereits in der kommenden Förderperiode (2020-2027) beendet werden. Auszahlungen sind ausschließlich an ökologische und landeskulturelle Leistungen der Betriebe zu binden.

Begründung

Derzeit erhalten ca. 20% der Betriebe ca.80% der Fördergelder. Das ist nicht mehr hinnehmbar. Die derzeitigen Förderregeln beschleunigen den Strukturwandel.

Wir fordern

- die Auszahlungen nach Betriebsgröße und Schwierigkeitsgrad der Landbewirtschaftung (frühere LVZ) zu staffeln, an Umweltauflagen, also Intensitätsstufen zu koppeln und im oberen Bereich endlich zu deckeln. Ein nochmaliges Scheitern solcher Bemühungen, wie es beim früheren Agrarkommissar Ciolos der Fall war, darf es nicht mehr geben.

These 7

Qualitätsprodukte einerseits und Massenprodukte andererseits müssen die wahren Gestehungskosten widerspiegeln.

Begründung

Derzeit haben wir eine starke Verzerrung der Preisbildung für landwirtschaftliche Produkte. Die Lebensmittelindustrie gibt die Preiskriterien vor, andere Kostenfaktoren (wie z.B. die Art der Fütterung bei der Milch) spiegeln sich in den Preisen nicht wider, obwohl sie für den Landwirt zu Buche schlagen. Qualität muss sich zukünftig mehr lohnen und die im eigenen Betrieb erzeugten Grundfuttermengen müssen viel stärker gewichtet werden. Ein unhaltbarer Zustand ist es, dass 40-50 % der am Markt befindlichen Milch mit Hilfe von Krafftutter und Lebensmitteln (Getreide und Eiweiß) erzeugt wird.

Wir fordern

- umweltfreundlich erzeugte Produkte nach einem einfachen Punktesystem zu entlohnen.
- unabhängige Fachinstitute sind zu beauftragen, um gerechte Entlohnungskriterien zu finden. Ein wesentlicher Maßstab ist dabei die im eigenen Betrieb erzeugte Futtermenge.
- eine bessere Kennzeichnung und mehr Transparenz für die Verbraucher hinsichtlich Fütterung und Herkunft.

These 8

Tank oder Teller? Diese Fragestellung muss endgültig der Vergangenheit angehören. Die Erzeugung von Futter- und Lebensmitteln auf wertvollen landwirtschaftlichen Flächen muss Vorrang gegenüber rein bioenergetischer Nutzung haben.

Begründung

Dass Energie und Lebensmittel bei einer nachhaltig vertretbaren Intensität nicht gleichzeitig auf unserer Erde erzeugt werden können, stellt auch der Weltagrarbericht klar.

Der Energiehunger hat teilweise zu Fehlentwicklungen geführt mit einer Preisexplosion für landwirtschaftliche Grundstücke und andererseits zu Monokulturen mit Energiepflanzen.

Wir fordern

- die Förderung der Erzeugung von Bioenergie (Biomasse und Biogas) auf wertvollen landwirtschaftlichen Flächen zu beenden. Ausnahmen gelten für den Eigenbedarf des Landwirts mit vertretbarer Zusatzversorgung benachbarter Gebäude.

These 9

In der Agrarforschung müssen der Ökolandbau und die bäuerliche Landwirtschaft stärker gefördert werden. Die Forschung muss unabhängiger von Industrieinteressen werden.

Begründung

Das derzeitige Verhältnis zwischen staatlichen Forschungsmitteln und Drittmitteln kann eine von Industrieinteressen unabhängige Forschung nicht mehr gewährleisten.

Ein höherer Personalschlüssel ist notwendig, um wertvolle Forschungsergebnisse zu erzielen.

Wir fordern

- die Forschungsförderung unabhängiger zu gestalten und den staatlichen Beitrag im Verhältnis zu den Drittmitteln zu erhöhen,
- mehr Personal für die Forschungsbereiche Ökolandbau und bäuerliche Landwirtschaft einzusetzen.

Zivilcourage Miesbach im August 2018

Anneliese Blümel

Rüdiger Obermaier

Werner Schmid